

15. Juli 1992

Vertraulich

Endgültig

Übersetzung

PROTOKOLL

DER 267. SITZUNG DES AUSSCHUSSES DER PRÄSIDENTEN  
DER ZENTRALBANKEN DER MITGLIEDSTAATEN  
DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT  
BASEL, MONTAG, 15. JUNI 1992, 9.00 Uhr

---

## Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
Ergebnisse der Sitzung mit beschränktem Teilnehmerkreis	1
I. Billigung des Protokolls der 266. Sitzung .....	2
II. Überwachung der wirtschafts- und währungspolitischen Entwicklung in der EG .....	2
1. Referat von Herrn Saccomanni, Vorsitzender des Unterausschusses "Devisenpolitik" (Überwachung) .....	2
2. Erklärung von Herrn Ciampi .....	3
3. Diskussion des Ausschusses .....	4
III. Verabschiedung des Ausschussberichts an die EG-Finanzminister über die Entwicklung auf den Devisenmärkten der neunzehn an der Konzertation beteiligten Länder im Mai und während der ersten Junitage 1992 .....	5
IV. Vorarbeiten für den Übergang zur Endstufe der WWU: Annahme des Mandats für die Arbeitsgruppe über EG-Zahlungsverkehrssysteme ...	5
V. Weitere Fragen innerhalb der Zuständigkeit des Ausschusses .....	5
1. Monetäre Finanzierung von EG-Regierungen .....	5
2. Vorschlag der Suomen Pankki über bilaterale Swapvereinbarungen mit den EG-Zentralbanken .....	6
3. Anbindung des Zypern-Pfunds an die ECU .....	6
4. Vorschlag über einen Personalaustausch zwischen den EG-Zentralbanken .....	6
5. Stellenbesetzung im Sekretariat .....	6
6. Jahresbericht der BIZ .....	7
VI. Zeit und Ort der nächsten Sitzung .....	7

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Punkte, die an der vorangegangenen Sitzung mit beschränktem Teilnehmerkreis erörtert wurden.

Erstens hat der Ausschuss bestätigt, dass der Vorsitzende sein Amt trotz des dänischen Abstimmungsergebnisses weiterführen soll. Zweitens sind die folgenden Vorsitzenden für verschiedene Arbeitsgruppen ernannt worden: Herr Y. Barroux (Banque de France), Arbeitsgruppe über Informationssysteme; Herr Heemskerck (De Nederlandsche Bank), Arbeitsgruppe über Rechnungslegungsfragen; Herr T. Padoa-Schioppa (Banca d'Italia), Arbeitsgruppe über EG-Zahlungsverkehrssysteme; Herr Dr. K. Hanau (Deutsche Bundesbank), Arbeitsgruppe über Statistik. Ferner wurde Herr Coldrey (Banque de France) als Berichterstatter der Arbeitsgruppe über Druck und Ausgabe einer europäischen Banknote bestätigt.

Drittens hat der Vorsitzende auf der Basis der nach der dänischen Abstimmung gesammelten Informationen eine Erklärung zu den Faktoren abgegeben, denen das Ergebnis zuzuschreiben ist. Unmittelbar nach Unterzeichnung des Vertrags im Februar hatten Meinungsumfragen in Dänemark eine deutlich positive Reaktion ergeben. Die Abstimmung war eine politische Notwendigkeit. Dem dänischen Publikum wurden umfassende Informationen gegeben, die breiten Raum in den Medien erhielten. Die Debatte über die Frage war weitgehend fair und nicht übermäßig emotional gewesen. Im Vorfeld der Abstimmung waren die Meinungen jedoch allmählich negativer geworden; viele Stimmberechtigte waren nicht überzeugt gewesen, dass es zu diesem Zeitpunkt notwendig war, einen weiteren Schritt in eine Richtung zu tun, die ziemlich unklar erschien. Es stimmten schliesslich 50,7 % gegen den Vertrag und 49,3 % dafür. Insgesamt hatten 3,3 Mio. Personen abgestimmt, was einer Stimmbeteiligung von 83 % entspricht.

Meinungsumfragen haben verschiedene Aspekte der Stimmabgabe beleuchtet. Leute mit niedrigem Bildungsniveau hatten eher nein gestimmt, während bei den Leuten mit höherem Bildungsniveau die Ja-Stimmen bedeutend stärker vertreten waren. Überdies war die Haltung der Frauen, vor allem jener mittleren Alters, negativer als die der Männer gewesen, und von den Stimmberechtigten, die der stärksten politischen Partei in Dänemark, den Sozialdemokraten, angehören, hatten trotz der Ja-Empfehlung der Parteiführung fast 60 % Nein gestimmt. Diejenigen, die für den Vertrag stimmten, waren weitgehend von den Argumenten dazu bewogen, dass Dänemark nicht allein stehen sollte und dass der Vertrag eine logische Entwicklung und

wirtschaftlich vorteilhaft sei. Argumente im Zusammenhang mit der Integration Deutschlands in Europa und mit der gemeinsamen Währung motivierten nur 1 % der Ja-Stimmenden. Diejenigen, die eine Nein-Stimme abgaben, taten dies aus folgenden Gründen: Aussicht auf eine Einbusse an nationaler Souveränität (20 %), ungenügende Informationen (10 %), Angst vor Deutschland (2 %) und vor einer gemeinsamen Währung (1 %). Rund 70 % aller Stimmenden pflichteten der Ansicht bei, dass der Vertrag zu kompliziert sei, als dass man ihn verstehen könne, und daher nicht ein geeigneter Gegenstand für eine Abstimmung sei.

Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung hegte in den letzten Jahren zunehmende Vorbehalte gegenüber der Mitgliedschaft bei der EG. Nach der Abstimmung ergab jedoch eine Meinungsumfrage, dass mehr als 80 % gegen einen Austritt Dänemarks aus der EG sind.

I. Billigung des Protokolls der 266. Sitzung

Der Ausschuss billigt das Protokoll der 266. Sitzung.

II. Überwachung der wirtschafts- und währungspolitischen Entwicklung in der EG auf der Grundlage:

- der Vorbereitung durch den Unterausschuss "Devisenpolitik" (Überwachung);
- von Grafiken und Tabellen des Sekretariats;
- eines Memorandums des volkswirtschaftlichen Stabs mit dem Titel "Community Financial Markets following the Danish Referendum"

1. Referat von Herrn Saccomanni, Vorsitzender des Unterausschusses "Devisenpolitik" (Überwachung)

Die Überwachungsgruppe ist zum Schluss gekommen, dass es noch zu früh ist, um zu sagen, was auf den Märkten nach dem dänischen Abstimmungsergebnis in nächster Zukunft geschehen werde. Es gibt zu viele Unsicherheiten, insbesondere hinsichtlich der bevorstehenden Abstimmung in Irland und der Tagung des Europäischen Rates in Portugal. Gleichzeitig wird vermerkt, dass die Zentralbanken durch Einsatz der im Rahmen der Vereinbarung von Basel/Nyborg zur Verfügung stehenden Instrumente reagiert haben, so dass es

ihnen gelungen ist, die allgemeine Glaubwürdigkeit der Geldpolitik und der Wechselkurse zu bewahren. Es sind jedoch einige vorläufige Anzeichen dafür festzustellen, dass es zu Schäden an den Märkten gekommen ist; insbesondere hat die ECU nachgegeben und ist die Verzinsung der ECU-Anleihen gestiegen, obschon sie immer noch unter dem theoretischen Ertrag liegt. Es besteht die Besorgnis, dass die Teilnehmer an den internationalen Anleihemärkten den Anlegern die Pauschalempfehlung abgeben, ECU- und hochverzinsliche Anleihen zu verkaufen, dies ohne nähere Erläuterungen. Überdies wird allgemein das Wechselkursrisiko stärker wahrgenommen; es ist unklar, wann eine Reduktion der Risikoprämien möglich sein wird.

## 2. Erklärung von Herrn Ciampi

Herr Ciampi erklärt, er habe die Probleme der italienischen Wirtschaft nie heruntergespielt; er habe sich erst vor kurzem damit befasst, als er vor zwei Wochen den Jahresbericht der Banca d'Italia präsentierte. Die Europäische Union sei in Italien ein stark empfundenes Ziel; die in Maastricht eingegangenen Verpflichtungen seien mit Recht als starkes Stimulans für eine beschleunigte Anpassung der italienischen Wirtschaft gedeutet worden, um die Inflation auf das Niveau der stabilsten Länder der Gemeinschaft herunterzubringen und die öffentlichen Finanzen wieder auf eine gesunde Basis zu stellen.

In den letzten Wochen sind folgende Ereignisse eingetreten. Erstens erwies sich wegen der politischen Zersplitterung nach den italienischen allgemeinen Wahlen vom 5. April die Bildung einer neuen Regierung als überaus komplex. Ein wichtiger Schritt vorwärts ist mit der Wahl eines Präsidenten erfolgt, der hohes moralisches Ansehen genießt, über beträchtliche politische Erfahrung verfügt und nicht in das politische Parteiengestränge verwickelt ist. Zweitens hat sich die politische Lage in Italien durch die Effekte der aufgedeckten Bestechungs- und Korruptionsskandale kompliziert. Das Vorgehen der Justiz ist loblich. Drittens hat das dänische Abstimmungsergebnis auf allen Märkten der Gemeinschaft Nachwirkungen gezeigt, diese gingen jedoch in Italien wegen der grundlegenden Schwäche der italienischen Wirtschaft besonders tief; man hat den Eindruck, der Zwang für Italien, etwas gegen die Schwächen seiner Wirtschaft zu tun, sei weniger stark geworden.

Die Banca d'Italia hat auf die Marktreaktionen am 4. Juni mit einer Anhebung ihres Satzes für feste Vorschüsse um 1/2 Prozentpunkt auf

13 % geantwortet; der Interbanksatz ist seither auf über 14 % gestiegen, und das Zinsgefälle gegenüber den anderen EWS-Währungen hat sich ausgeweitet. Es wurde überdies mit Devisenverkäufen interveniert. Die Wirkung dieser verschiedenen Massnahmen wurde jedoch durch das Nachgeben des US-Dollars und die dadurch verursachte Festigung der D-Mark etwas beeinträchtigt.

Jegliches weitere Vorgehen hängt ab von: erstens, Entwicklungen auf anderen Märkten der Gemeinschaft - selbst eine geringfügige Zinssenkung in den Ländern mit starken Währungen würde die Spannung mildern, weil sie die gemeinsame Verpflichtung auf eine stabilitätsorientierte Politikkoordination bekräftigen würde; und zweitens, vom Zeitpunkt und der Art und Weise, wie die Regierungskrise in Italien gelöst wird. Die Banca d'Italia wird weiterhin darauf hinarbeiten, dass sich der Zustand der italienischen Wirtschaft in der Zwischenzeit nicht verschlechtert, da dies die Schwierigkeiten für die künftige Regierung noch steigern würde. Sie beabsichtigt, im Kampf gegen die Inflation eine feste Wechselkurspolitik beizubehalten, und der restriktive geldpolitische Kurs ist durch eine Politik der Begrenzung von Lohnerhöhungen, angefangen beim öffentlichen Sektor, ergänzt worden; es sollte immer noch möglich sein, die Inflationsrate von ihrem derzeitigen Niveau von 5,7 % bis Ende 1992 auf weniger als 5 % zu drücken.

Die italienische Wirtschaft hat die menschlichen und technischen Ressourcen, um eine neue Phase dauerhaften Wachstums zu beginnen; die Einkommenspolitik wird von der neuen Regierung bestätigt und verstärkt werden müssen; diese wird auch das Haushaltsdefizit reduzieren müssen, insbesondere durch Kürzungen der öffentlichen Ausgaben.

### 3. Diskussion des Ausschusses

Herr Beleza erklärt, es sei tröstlich, wie die Zentralbanken der Gemeinschaft und die Märkte auf die jüngsten Ereignisse reagiert hätten; dies habe gezeigt, dass die Glaubwürdigkeit der Geld- und Wechselkurspolitik gewahrt worden sei. Die antiinflationäre Politik werde fortgesetzt werden, und bei der Durchführung seiner Wechselkurspolitik werde der Banco de Portugal weiterhin danach streben, Spannungen für die anderen Währungen des Wechselkursmechanismus zu vermeiden. Es sei beschlossen worden, den Grossteil der in Portugal noch verbliebenen Kapitalausfuhrkontrollen abzuschaffen; ein detailliertes Memorandum werde verschickt, sobald die Massnahmen offiziell in Kraft getreten seien.

III. Verabschiedung des Ausschussberichts an die EG-Finanzminister über die Entwicklung auf den Devisenmärkten der neunzehn an der Konzertation beteiligten Länder im Mai und während der ersten Junitage 1992

Der Ausschuss billigt den Bericht, der wie üblich den Finanzministern der EG-Länder zugestellt wird.

IV. Vorarbeiten für den Übergang zur Endstufe der WWU: Annahme des Mandats für die Arbeitsgruppe über EG-Zahlungsverkehrssysteme

Hinsichtlich des Mandats der Arbeitsgruppe über EG-Zahlungsverkehrssysteme stellt der Vorsitzende fest, dass nicht alle mit dem derzeitigen Wortlaut dieses Mandats zufrieden seien. Er schlägt vor, die geäußerten Vorbehalte schriftlich dem Vorsitzenden des Ausschusses der Stellvertreter mitzuteilen.

Herr Schlesinger findet, das Mandat gehe zu sehr ins Einzelne und sollte gekürzt werden.

Der Ausschuss beschliesst, die Stellvertreter seien zu ersuchen, ein revidiertes Mandat vorzubereiten, das von den Zentralbankpräsidenten an ihrer Julisitzung geprüft würde.

V. Weitere Fragen innerhalb der Zuständigkeit des Ausschusses

1. Monetäre Finanzierung von EG-Regierungen

Der Ausschuss prüft das Schreiben von Herrn Schlesinger an den Vorsitzenden vom 29. Mai 1992 mit dem Vorschlag, die derzeitigen Zugangsmöglichkeiten der Regierungen der Mitgliedstaaten zu Zentralbankfinanzierungen seien laufend zu überwachen. Überdies seien die Schritte zu verfolgen, die zur Änderung der verschiedenen nationalen Rechtssysteme ergriffen würden, um zu gewährleisten, dass monetäre Finanzierung von Beginn der zweiten Stufe der WWU an nicht mehr möglich ist. Es wird beschlossen, die in dem Brief aufgeworfenen Fragen vom Unterausschuss "Geldpolitik" prüfen zu lassen.

2. Vorschlag der Suomen Pankki über bilaterale Swapvereinbarungen mit den EG-Zentralbanken

Der Ausschuss beschliesst, dass der Brief vom 4. Juni 1992 vom Gouverneur der Suomen Pankki an den Vorsitzenden, der den Vorschlag enthält, es seien Verhandlungen über bilaterale Swapvereinbarungen zwischen der finnischen Zentralbank und jenen der Mitgliedstaaten aufzunehmen, vom Unterausschuss "Devisenpolitik" geprüft werden soll. An ihrer Julisitzung werden die Zentralbankpräsidenten das finnische Ersuchen unabhängig von den laufenden Diskussionen über die währungspolitische Zusammenarbeit mit Drittländern prüfen.

3. Anbindung des Zypern-Pfunds an die ECU

Der Vorsitzende bezieht sich auf ein Gespräch, das er kürzlich mit dem Gouverneur der Central Bank of Cyprus hatte; dabei hat letzterer erklärt, nachdem die Regierung von Zypern beschlossen habe, das Zypern-Pfund an die ECU anzubinden, bestehe seitens der Währungsbehörden ein Interesse daran, enger mit den Zentralbanken der Gemeinschaft zusammenzuarbeiten. Der Vorsitzende hat geantwortet, dass die ganzen Fragenkomplexe im Zusammenhang mit Ersuchen dieser Art derzeit vom Unterausschuss "Devisenpolitik" geprüft würden und dass man die Central Bank of Cyprus über die Ergebnisse auf dem Laufenden halten werde.

4. Vorschlag über einen Personalaustausch zwischen den EG-Zentralbanken

Der Ausschuss billigt den Vorschlag eines Personalaustauschs zwischen den EG-Zentralbanken, der in dem Memorandum vom 3. Juni 1992 dargelegt ist, das die Personalchefs der EG-Zentralbanken auf Ersuchen des Ausschusses der Zentralbankpräsidenten vorbereitet haben.

5. Stellenbesetzung im Sekretariat

Der Ausschuss bestellt Herrn Alders (De Nederlandsche Bank) zum Fachmitglied des Sekretariats. Herr Alders wird Herrn Guiomard nachfolgen, der zur Central Bank of Ireland zurückkehrt.

6. Jahresbericht der BIZ

Herr de Larosière äussert seine Bedenken über die negativen Hinweise auf die Folgen der Europäischen Währungsunion im Jahresbericht der BIZ.

VI. Zeit und Ort der nächsten Sitzung

Die nächste Sitzung des Ausschusses der Zentralbankpräsidenten findet am Dienstag, dem 14. Juli, um 9.30 Uhr in Basel statt.

267. SITZUNG DES AUSSCHUSSES DER ZENTRALBANKPRÄSIDENTEN

15. JUNI 1992

Anwesend sind:

Vorsitzender des Ausschusses der Zentralbankpräsidenten	Herr Hoffmeyer
Banque Nationale de Belgique	Herr Verplaetse Herr Rey* Herr Michielsen
Danmarks Nationalbank	Frau Andersen Herr Hansen
Deutsche Bundesbank	Herr Schlesinger Herr Tietmeyer Herr Rieke
Bank of Greece	Herr Christodoulou Herr Papademos Herr Karamouzis
Banco de España	Herr Rubio Herr Linde Herr Durán
Banque de France	Herr de Larosière Herr Lagayette Herr Cappanera
Central Bank of Ireland	Herr Doyle Herr Coffey Herr Reynolds
Banca d'Italia	Herr Ciampi Herr Dini Herr Fazio
Institut Monétaire Luxembourgeois	Herr Jaans
De Nederlandsche Bank	Herr Duisenberg Herr Koning
Banco de Portugal	Herr Beleza Herr Borges Herr Bento
Bank of England	Herr Leigh-Pemberton Herr Crockett Herr Foot
Kommission der Europäischen Gemeinschaften	Herr Pons
Vorsitzende Unterausschüsse/Arbeitsgruppen	Herr Saccomanni
Sekretariat des Ausschusses der Zentralbankpräsidenten	Herr Baer Herr Scheller Herr Stone

---

\* Vorsitzender des Ausschusses der Stellvertreter.